

## **Interpellation**

### **der Fraktion der FDP**

#### **betr. Remontage.**

Die Demontage von industriellen Anlagen, die nicht vorzugsweise der Fertigung von Kriegsmaterial dienten, hat zahlreiche schädliche Folgen gehabt. Es ist aber - auch im Rahmen der von den Alliierten auferlegten Produktionsgrenzen - ein Wiederaufbau der demontierten oder durch Entnahmen geschädigten Betriebe durchaus möglich und könnte sogar kurzfristig durchgeführt werden, da bei den Betrieben durchweg noch wesentliche Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Produktion gegeben, insbesondere Gebäude oder Teile davon, unbebaute Grundstücke, ein Stamm von Facharbeitern und Marktverbindungen im In- und Ausland vorhanden sind. Durch die Remontage läßt sich zudem eine erhebliche Exportsteigerung und damit Verbesserung der Zahlungsbilanz erzielen. Schließlich können industrielle Engpässe beseitigt werden.

Nach angestellten Berechnungen erfordert die Remontage einen Aufwand von ca. DM 4 000,- je neugeschaffenen Arbeitsplatz. Sie dürfte also die billigste Form sein, um zusätzliche Arbeitsplätze zu gewinnen.

Die finanzielle Kraft der demontagebetroffenen Betriebe reicht für die Remontage jedoch nicht aus, da sie für ihre Reparationsleistungen aus der Substanz keinerlei Ersatz erhalten haben. Der Notwendigkeit und volkswirtschaftlichen Richtigkeit, die Remontage möglichst schnell durchzuführen, wurde inzwischen von verschiedenen Ländern durch die Gewährung von Remontagekrediten zu verbilligten Zinssätzen Rechnung getragen. Diese Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus; verschiedene Länder können außerdem wegen ihrer finanziellen Situation keine Remontagekredite gewähren. Es ist daher erforderlich, daß die Bundesregierung eingreift und die Remontage durch Zurverfügungstellung von Krediten ermöglicht.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, im Rahmen eines bereits vorgesehenen Wirtschaftsprogrammes Remontagekredite bereitzustellen?
2. Wenn nein, was gedenkt sie sonst zu tun, um der geschilderten wirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung zu tragen?

Bonn, den 13. Dezember 1950

**Dr. Wellhausen**  
**Dr. Oellers und Fraktion**